## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Emiertung	1
1. Kapitel:	
Einführung in das Verbraucherschutzrecht im Electronic Commerce	5
A 701 (91)	_
A. Einführung in die US-amerikanische Rechtslage	
I. Die Entwicklung des US-amerikanischen Verbraucherschutzrechts im Online-Handel	
1. Einführung in das US-amerikanische Privatrechtssystem	
2. Die Entwicklung des Verbraucherschutzrechts im Privatrecht	
3. Die Entwicklung des Internetrechts und die Rolle des Verbraucherschutzes	
a) Die Entstehung des Internetrechts in den USA	
b) Die Bedeutung des Verbraucherschutzes im Internetrecht	
II. Die rechtlichen Quellen im US-amerikanischen Recht	
1. Die Bundesgesetze (federal statutes) und die FTC	
a) Electronic Signatures in Global and National Commerce Act	
aa) Hintergrund und Zielsetzung des E-SIGN Acts	
bb) Anwendungsbereich und Grundsätze des E-SIGN Acts	
cc) Das Verhältnis des E-SIGN Acts zu anderen Gesetzen	
b) Magnuson Moss Warranty-Federal Trade Commission Improvement Act	
aa) Gesetzgeberische Ziele und Regelungsinhalte des MMWA	
bb) Anwendungsbereich des MMWA	
cc) Das Verhältnis des MMWA zu anderen Gesetzen	
c) Der CAN SPAM Act	
d) Der Childrens Online Privacy Protection Act	
e) Die Verbraucherschutzbehörden des Bundes	
aa) Funktion und Aufgaben der FTC	
bb) Online-Initiativen der FTC: Alter Wein in neuen Flaschen	
cc) Sonstige Regulierungsbehörden des Bundes	
2. Die einzelstaatlichen Gesetze	
a) Die Modellgesetze (uniform laws) und ihre Umsetzung	
aa) Der Uniform Commercial Code, Article 2 Sales	
(1) Anwendungsbereich, Umsetzung, aktueller Stand des UCC Article 2	
(2) Der Verbraucherschutz im UCC Article 2	
bb) Der Uniform Electronic Transactions Act	
(1) Anwendungsbereich, Umsetzung und Verhältnis zu anderen Gesetzen	
(2) Der Verbraucherschutz im UETA	35

cc) Der Uniform Computer Information Transactions Act	36
(1) Anwendungsbereich, Umsetzung und Verhältnis zu anderen Gesetzen	36
(2) Der Verbraucherschutz und UCITA	
b) Die einzelstaatlichen Verbraucherschutzgesetze	43
aa) Die Unfair or Deceptive Acts or Practices Statutes (UDAPS)	43
bb) Die Verbraucherschutzgesetze für den Online-Handel	
•	
B. Die Einführung in die deutsche Rechtslage	48
I. Die Entwicklung eines deutschen Verbraucherschutzrechts im Internethandel	48
1. Einführung in das deutsche Privatrechtssystem	48
2. Die Entwicklung des Verbraucherschutzrechts im Privatrecht	51
3. Die Entwicklung des Internetrechts und die Rolle des Verbraucherschutzes	
a) Die Entwicklung des Internetrechts im deutschen und europäischen Recht	56
b) Der Verbraucherschutz im Internetrecht	59
II. Die deutschen und europäischen Rechtsquellen	61
1. Die europäischen Richtlinien	
a) Die Fernabsatzrichtlinie	61
aa) Zielsetzung und Anwendungsbereich der FARL	61
bb) Übersicht über den Regelungsinhalt	63
cc) Verhältnis der FARL zu anderen EU-Richtlinien	64
b) Die E-Commerce Richtlinie	65
aa) Zielsetzung und Anwendungsbereich der ECRL	65
bb) Überblick über den Regelungsinhalt	67
cc) Verhältnis der ECRL zu anderen EU-Richtlinien	
c) Weitere europäische Rechtsakte	69
aa) Die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	
bb) Die Klauselrichtlinie	72
cc) Die Richtlinien zum wettbewerbsrechtlichen Verbraucherschutz	73
(1) Die Richtlinien über irreführende und vergleichende Werbung	73
(2) Die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken	75
2. Die deutschen Gesetze	79
a) Das Verbraucherschutzrecht im BGB nach der Schuldrechtsreform	
aa) Verbraucherschutz im Allgemeinen Teil des BGB	
bb) Der Verbraucherschutz im Vertriebsrecht	83
cc) Der Verbraucherschutz im Kaufrecht	85
b) Die verbraucherschützenden Nebengesetze	86
aa) Die BGB-Informationspflichten-Verordnung	88
bb) Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	89
C. Der Vergleich der Entwicklungen im Verbraucherschutzrecht und Internetrecht	
I. Der Vergleich der Entwicklungen des modernen Verbraucherschutzrechts	
II. Der Vergleich der Entwicklungen des Internetrechts	
III. Der Vergleich der Entwicklungen des Verbraucherschutzes im Internetrecht	99

## 2. Kapitel:

Das Verbraucherschutzrecht im E-Commerce	. 105
A. Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	. 105
I. Die US-amerikanische Rechtslage	
1. Das US-amerikanische Verbraucherleitbild	. 105
a) Die Entwicklung des US-amerikanischen Verbraucherleitbildes	. 105
b) Die Konkretisierung des Verbraucherleitbildes	. 108
c) Das Verbraucherleitbild im Online-Handel	. 110
2. Der Verbraucherbegriff	. 111
a) Der Verbraucherbegriff im MMWA und im E-SIGN Act	. 112
b) Der Verbraucherbegriff nach den Modellgesetzen	. 113
c) Der Verbraucherbegriff in den einzelstaatlichen Verbraucherschutzgesetzen	. 115
3. Die Begrenzung des Adressatenkreises der Verbraucherschutzgesetze	
a) Der Begriff "merchant" im UCC und UCITA	. 116
b) Die Begrenzung des Adressatenkreises im E-SIGN Act und im MMWA	
c) Die Begrenzung des Adressatenkreises in den UDAP Statutes	
II. Die deutsche Rechtslage	
1. Das Verbraucherleitbild im deutschen Recht	
a) Die Entwicklungen im deutschen und europäischen Recht	. 122
b) Die Konkretisierung des Verbraucherleitbildes	
c) Das Verbraucherleitbild im Online-Handel	. 128
2. Der Verbraucherbegriff gemäß § 13 BGB	. 130
3. Der Unternehmerbegriff gemäß § 14 BGB	. 134
a) Der Scheinunternehmer im Online-Handel	
b) Die Unternehmereigenschaft von Powersellern	
III. Der Vergleich der Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	
Der Vergleich des Verbraucherleitbildes	
2. Der Vergleich der Verbraucherbegriffe	
3. Der Vergleich der Begrenzung des Adressatenkreises	
a) Der Vergleich des Begriffs "merchant" mit § 14 BGB	
b) Der Vergleich des § 14 BGB mit den MMWA- und E-SIGN Act-Regelungen	
c) Der Vergleich des § 14 BGB mit den Regelungen der UDAP Statutes	
B. Pflichten des Unternehmers und Rechte des Verbrauchers im Online-Warenhandel.	153
I. Vorvertraglicher Verbraucherschutz im Rahmen von Online-Warenwerbung	. 153
1. Verbraucherschutz vor unlauterer Online-Werbung im US-Recht	. 154
a) Die Regulierung von Online-Werbepraktiken auf Bundesebene	. 154
aa) Das Verbot irreführender Werbung (deceptive advertising) im Internet	. 157
(1) Voraussetzungen irreführender Online-Werbung	. 158
(2) Klassische Fallgruppen irreführender Werbung im Internet	. 161
(a) Irreführende Werbeangaben über Preise	
(b) Irreführende Werbeangaben über Eigenschaften des Produkts	
(c) Irreführende Angaben über den Unternehmer und die Leistung	
bb) Das Verbot unlauterer Werbung (unfair advertising) im Internet	

(1) Voraussetzungen der unlauteren Online-Werbung	167
(2) Klassische Fallgruppen unlauterer Werbepraktiken im Internet	169
cc) Internetspezifische Fallgruppen irreführender und unlauterer Werbung	
(1) Die rechtliche Handhabung von internetspezifischen Werbeformen	
(a) Die Beurteilung von Werbebannern	
(b) Die Beurteilung von Werbe-Pop-Ups und Interstitials	
(c) Die Beurteilung von kommerziellen Links	
(2) Sonderprobleme der Online-Werbung	
(a) Die Behandlung der Fälle des Webcramming	
(b) Der Datenschutz der Verbraucher im Netz (Invasion of Privacy)	
(aa) Allgemeine datenschutzrechtliche Regelungen im Bundesrecht	
(bb) Datenschutz von Minderjährigen im Netz nach dem COPPA	
(c) Die Zusendung von unbestellten Waren und das Internet	
(d) Die Zusendung von kommerziellen E-Mails	
dd) Die Rechtsfolgen unlauterer und irreführender Werbepraktiken	
b) Die Regulierung von Online-Werbung im einzelstaatlichen Recht	190
aa) Das Verbot irreführender Online-Werbung im einzelstaatlichen Recht	
bb) Das Verbot unlauterer Online-Werbung im einzelstaatlichen Recht	197
cc) Die rechtliche Handhabung von internetspezifischen Fallgruppen	
(1) Datenschutz im Netz	200
(2) Die Regulierung der Zusendung unbestellter Waren	201
(3) Die Regulierung der Zusendung von Werbe-E-Mails	203
dd) Die Rechtsfolgen unlauterer und irreführender Werbepraktiken	206
2. Verbraucherschutz vor unlauterer Online-Werbung im deutschen Recht	
a) Das Verbot des unlauteren Wettbewerbs gemäß § 3 UWG	
aa) Der persönliche Anwendungsbereich des UWG gemäß § 2 UWG	
bb) Das Vorliegen einer Wettbewerbshandlung	
cc) Die Unlauterkeit einer Wettbewerbshandlung	
dd) Die Erheblichkeitsschwelle	
b) Fallgruppen unlauterer Online-Werbung gemäß §§ 4-7 UWG	
aa) Verbraucherschutz vor irreführender Online-Werbung gemäß § 5 UWG	
(1) Voraussetzungen irreführender Werbung	
(2) Irreführende Online-Werbung gemäß § 5 UWG	
(a) Die Fallgruppen irreführender Werbung gemäß § 5 II-V UWG	
(aa) Irreführende Werbeangaben über Merkmale des Produkts	
(bb) Irreführende Werbeangaben über geschäftliche Verhältnisse	
(cc) Irreführende Werbeangaben über Preise	
(dd) Sonstige Fallgruppen irreführender Werbung nach § 5 UWG	
(b) Irreführung und internetspezifische Werbeformen	
(aa) Die Beurteilung von Werbebannern und Werbe-Pop-Ups	
(bb) Die Beurteilung von Hyperlinks zu Werbezwecken	
bb) Fallgruppen der unlauteren Beeinträchtigung gemäß § 4 UWG	
(1) Unlautere Beeinflussung der Verbraucher gemäß § 4 Nr.1 UWG	
(a) Die Grundlagen der Fallgruppe gemäß § 4 Nr.1 UWG	
(b) Die Beurteilung von Internet-Werbung nach § 4 Nr.1 UWG	233

(2) Unsachliche Beeinflussung durch Internetwerbung gemäß § 4 Nr.2 UWG	233
(a) Die Grundlagen der Fallgruppe gemäß § 4 Nr.2 UWG	233
(b) Minderjährigenschutz bei der Internet-Werbung	234
(3) Das Verbot der Schleichwerbung im Internet gemäß § 4 Nr.3 UWG	
(a) Die Grundlagen der Fallgruppe gemäß § 4 Nr.3 UWG	235
(b) Das Trennungsgebot und die Internet-Werbung	236
(c) Datenschutz im Netz	
(4) Die Werbung mit Preisnachlässen und Rabatten gemäß § 4 Nr.4 UWG	242
(a) Die Grundlagen der Fallgruppe gemäß § 4 Nr.4 UWG	. 242
(b) Online-Vertriebsformen: Die Zulässigkeit des Powershopping	. 242
(5) Online-Werbung mit Gewinnspielen gemäß § 4 Nr.5, 6 UWG	
(6) Unlautere Online-Werbung wegen Rechtsbruch gemäß § 4 Nr.11 UWG	
cc) Die Fallgruppen unzumutbarer Belästigung im Internet gemäß § 7 UWG	
(1) Fälle der unlauteren Belästigung im Internet gemäß § 7 I UWG	. 248
(a) Die Grundlagen der Fallgruppe gemäß § 7 I UWG	
(b) Belästigung der Verbraucher durch internetspezifische Werbeformen	
(2) Fälle der unzumutbaren Belästigung gemäß § 7 II Nr.1 UWG	
(a) Die Grundlagen der Fallgruppe gemäß § 7 II Nr.1 UWG	
(b) Die Zusendung unbestellter Waren	
(aa) Die wettbewerbsrechtliche Beurteilung	251
(bb) Die schuldrechtliche Beurteilung	
(3) Fallgruppen belästigender Direktwerbung gemäß § 7 II, III UWG	
(a) Belästigende Telefonwerbung und andere elektronische Werbeformen	
(b) Die Zusendung von E-Mail-Werbung	
c) Die Rechtsfolgen der Verletzung der Wettbewerbsvorschriften des UWG	
3. Der Vergleich des Verbraucherschutzes vor unlauterer Online-Werbung	267
a) Der Vergleich der Grundlagen	
aa) Der Vergleich der Grundkonzepte und Grundbegriffe	
bb) Der Vergleich der Anwendungsbereiche der gesetzlichen Vorschriften	
cc) Der Vergleich des "Deception Standard" mit dem Irreführungstatbestand	271
(1) Der Vergleich der Voraussetzungen einer irreführenden Werbung	
(2) Der Vergleich der wichtigsten Fallgruppen irreführender Werbung	
dd) Der Vergleich zwischen "Unfairness Standard" und den Fällen §§ 4, 7 UWG	
(1) Der Vergleich der Grundbegriffe	
(2) Der Vergleich der Fallgruppen des "Unfair Standard" mit §§ 4, 7 UWG	284
b) Der Vergleich der Beurteilung von Online-Werbung	
aa) Der Vergleich der rechtlichen Einordnung und Behandlung	
(1) Der Vergleich der Behandlung von Werbebannern und Werbe-Pop-Ups	
(2) Der Vergleich der Handhabung von Hyperlinks zu Werbezwecken	
bb) Der Vergleich der Handhabung von internetspezifischer Werbung	
(1) Der Vergleich der Beurteilung der Fälle des Web-Cramming	
(2) Der Vergleich der Beurteilung des Powershopping	
(3) Der Vergleich der Regelungen zum Datenschutz im Internet	
(4) Der Vergleich der Handhabung der Zusendung unbestellter Waren	
(a) Der Vergleich der wettbewerbsrechtlichen Beurteilung	298

(b) Der Vergleich der vertragsrechtlichen Beurteilung	300
(5) Der Vergleich der Handhabung der Zusendung von Werbe-E-Mails	303
c) Der Vergleich der Sanktionssysteme im Wettbewerbsrecht	306
II. Vorvertragliche Informationspflichten des Unternehmers im Online-Warenhandel	309
1. Exkurs: Übersicht über die Grundsätze zum Vertragsschluss im Internet	310
a) Der Vertragsschluss via Internet im deutschen und US-amerikanischen Recht	310
b) Der Zeitpunkt der vorvertraglichen Information des Verbrauchers	314
2. Vorvertragliche Informationspflichten im Online-Handel nach dem US-Recht	315
a) Vorvertragliche Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	316
aa) Die Anforderungen nach dem Bundesgesetz E-SIGN Act	316
(1) Die Zustimmung des Verbrauchers zu elektronischen Informationen	317
(2) Die Informationspflichten nach dem E-SIGN Act	318
(3) Anwendbarkeit der Regelung und Rechtsfolgen fehlender Zustimmung	319
bb) Die Anforderungen nach den einzelstaatlichen Gesetzen	320
(1) Die Anforderungen nach dem Modellgesetz UETA	
(a) Zustimmung zur elektronischen Geschäftsführung	321
(b) Anforderungen an schriftliche Informationspflichten	
(2) Anforderungen nach den umgesetzten UETA-Gesetzen	
b) Informationspflichten über Inhalt und Vertragsbestandteile	
aa) Vorvertragliche Informationen über schriftliche Zusicherungen	326
(1) Die Anwendbarkeit der Vorschriften des MMWA	
(a) Das Vorliegen eines Verbrauchsgüterkaufvertrages	326
(b) Das Vorliegen einer written warranty	
(c) Inhalt der Zusicherung: Full warranties und limited warranties	
(d) Der Verpflichtetenkreis hinsichtlich einer written warranty	
(2) Anforderungen an die Informationspflichten	
(a) Die Anbieterpflichten beim Ladenkauf	
(b) Die Anbieterpflichten im Versandhandel	
(c) Die Anbieterpflichten im Online-Handel	
(3) Inhalt der Informationspflichten	
(4) Rechtsfolgen der Verletzung von Informationspflichten	
bb) Informationspflichten über Klauseln im Online-Handel	
(1) Die Beurteilung der Einbeziehung von Vertragsklauseln	
(2) Einbeziehung von Klauseln im elektronischen Geschäftsverkehr	
(a) Die Problematik der shrink wrap und click wrap agreements	
(b) Die Beurteilung der einzelstaatlichen Rechtsprechung	
(c) Die Beurteilung nach dem UCITA	
(d) Kritik an den einschlägigen UCITA-Regelungen	
(e) Gegenwärtiger Stand der Beurteilung und Ausblick	
c) Die Transparenz von Informationen im Netz	
aa) Der räumliche Zusammenhang (proximity)	
(1) Die Platzierung einer Information auf der Webseite	
(2) Die Verwendung eines Hyperlinks	
(3) Das Näheverhältnis bei Werbebannern und Werbe-Pop-Ups	
bb) Die Auffälligkeit der Informationen (prominence) im Netz	357

cc) Inhaltliche Gestaltung und graphische Darstellung des Textes	358
3. Vorvertragliche Informationspflichten im Online-Handel im deutschen Recht	358
a) Vertriebsbezogene Informationspflichten des Unternehmers im Online-Handel	359
aa) Vorvertragliche Informationspflichten im Fernabsatzrecht	359
(1) Die Anwendbarkeit des Fernabsatzrechts	
(2) Anforderungen an die Informationen gemäß § 312c I BGB	
(3) Inhalt und Umfang der Informationspflichten	
(4) Rechtsfolgen bei Verletzung der Informationspflichten	369
bb) Vorvertragliche Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	
(1) Die Anwendbarkeit der Regelungen gemäß § 312e BGB	
(2) Inhalt und Anforderungen an die Informationspflichten	
(3) Rechtsfolgen bei Verletzung der Informationspflichten	
b) Vorvertragliche Informationspflichten über Vertragsbestandteile	
aa) Die Informationspflichten über Verbrauchsgütergarantien	
(1) Die Anwendbarkeit der Sonderregelungen gemäß § 477 BGB	
(a) Das Vorliegen eines Verbrauchsgüterkaufs gemäß § 474 I BGB	
(b) Das Vorliegen einer Garantie gemäß § 443 BGB	
(2) Inhalt und Anforderungen der Informationspflichten	
(3) Die Rechtsfolgen der Verletzung der Informationspflichten	
bb) Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Online-Handel	
(1) Die Einbeziehung in Verbraucherverträgen	
(2) Die Einbeziehung von AGB im elektronischen Geschäftsverkehr	
(3) Die Beurteilung von nachgeschobenen Herstellervereinbarungen	
(a) Die Beurteilung von shrink wrap agreements	
(b) Die Beurteilung von click wrap agreements	
(c) Gegenwärtiger Stand und Ausblick	
c) Die Transparenz von Informationen im Netz	
aa) Anforderungen an die Online-Kenntnisverschaffung	
bb) Anforderungen an die textliche Gestaltung	
4. Der Vergleich der vorvertraglichen Informationspflichten im Online-Handel	
a) Der Vergleich der online-spezifischen Informationspflichten	
aa) Der Vergleich der Informationsvorschriften	
bb) Die Bewertung der Regulierungsansätze	
(1) Die Bewertung des "Ob" gesetzlicher Informationspflichten	
(2) Die Bewertung des "Wie" der gesetzlichen Informationspflichten	
(3) Die Bewertung der Sanktionierung	
b) Der Vergleich der Informationspflichten bei Garantiezusagen	
aa) Der Vergleich der Anwendungsvoraussetzungen	
bb) Der Vergleich des Inhalts der Verbrauchsgütergarantien	
cc) Der Vergleich der Anforderungen an die Informationen	
dd) Der Vergleich des Inhalts der Informationspflichten	
ee) Der Vergleich der Rechtsfolgen verletzter Informationspflichten	
c) Der Vergleich der Einbeziehung von Online-Klauseln	
aa) Der Vergleich der Einbeziehungskontrolle von Klauseln	
bb) Der Vergleich der Einbeziehung im Online-Handel	426

cc) Der Vergleich der Handhabung von shrink wraps und click wraps	
d) Der Vergleich des Transparenzgebots im Online-Handel	
III. Verbraucherschutz nach dem Kaufvertragsschluss	
1. Nachvertraglicher Verbraucherschutz im US-amerikanischen Recht	
a) Erfüllungspflichten des Unternehmers im Online-Handel	
aa) Regulierung der Erfüllungsleistung im Bundesrecht	
(1) Der Anwendungsbereich der MTOMR	430
(2) Erfüllungspflichten nach der MTOMR	
(a) Die allgemeinen Lieferpflichten des Verkäufers	
(b) Die Pflichten des Verkäufers bei Verzögerung der Lieferung	
(3) Anforderungen an die Erfüllung des Verkäufers im Online-Handel	
bb) Erfüllungspflichten im Online-Handel nach einzelstaatlichem Recht	
b) Widerrufsrechte des Verbrauchers im Online-Handel	
aa) Anwendbarkeit des gesetzlichen Widerrufsrechts bei Haustürgeschäften	
bb) Anwendbarkeit des gesetzlichen Widerrufsrechts beim Telemarketing	
cc) Vertraglich eingeräumte Widerrufsrechte im Online-Markt	
dd) Gesetzliche Anforderungen an vertragliche Widerrufsrechte	
(1) Anforderungen an die return policies im Bundesrecht	
(2) Anforderungen an die return policies im einzelstaatlichen Recht	
2. Nachvertraglicher Verbraucherschutz im deutschen Recht	
a) Erfüllungspflichten des Unternehmers im Fernabsatzrecht	
aa) Umsetzung des Artikel 7 I FARL in deutsches Recht	
bb) Umsetzung des Artikel 7 II FARL in deutsches Recht	
cc) Umsetzung des Artikel 7 III FARL in deutsches Recht	
b) Nachvertragliche Informationspflichten im Fernabsatz	
aa) Zweck und Anforderungen der nachvertraglichen Informationspflichten	
bb) Inhalt der nachvertraglichen Informationspflichten	
cc) Rechtsfolgen der Verletzung der Informationspflichten	
c) Das Widerrufsrecht im Fernabsatzrecht	
aa) Zweck, Aufbau und Voraussetzungen des Widerrufsrechts	
bb) Die Ausübung des Widerrufsrechts	
cc) Die Widerrufsfrist	
dd) Die ersatzweise Einräumung eines Rückgaberechts	
ee) Wirkung und Rechtsfolgen des Widerrufs- und Rückgaberechts	
3. Der Vergleich des nachvertraglichen Verbraucherschutzes	
a) Der Vergleich der Regelungen über Lieferpflichten	
b) Der Vergleich der nachvertraglichen Informationspflichten	
c) Der Vergleich der Beseitigungsrechte im Online-Handel	
aa) Notwendigkeit eines Widerrufsrechts im Online-Handel	
bb) Notwendigkeit eines gesetzlichen Widerrufsrechts im Online-Handel	
cc) Die Berücksichtigung der Interessen des Unternehmers	
(1) Die Berücksichtigung von Ausnahmetatbestanden	
(3) Die Angemessenheit der Widerrufsfrist	
(4) Die Angemessenheit der Widerrufsmst	
(+) Die Angemessemen der Rechtstolgen des ausgeubten widerfuls	494

C. Zusammenfassung der Ergebnisse und abschließende Bewertung	497
Literatur- und Quellenverzeichnis	501